

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Florian Gerster MdB zu bemerkenswerten Entwicklungen in der grünen Sicherheitspolitik: Auf dem Wege zur Realpolitik?

Seite 1

Klaus Kirschner MdB zum Umgang des Sozialministers mit den Arbeitsmarktzahlen: Blüms neue Bescheidenheit.

Seite 3

Dokumentation:

Der SPD-Politiker Erhard Eppler hielt am 17. Juni zu diesem Gedenktag einen Vortrag, den wir in zwei Teilen veröffentlichen. Teil I

Seite 4

44. Jahrgang / 116

21. Juni 1989

Auf dem Weg zur Realpolitik?

Über bemerkenswerte Entwicklungen in der grünen Sicherheitspolitik

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Das Wahlprogramm der Grünen zur Bundestagswahl 1987 enthielt altbekannte pazifistische Forderungen und Bekenntnisse:

- für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO,
- gegen jede Art militärischer Landesverteidigung,
- für das Prinzip einseitiger Abrüstung,
- für das Einüben sozialer Verteidigung „im Widerstand gegen den Staat“.

Auch die „NATO-Broschüre der Grünen“ vom Juli 1988 von Angelika Beer und Alfred Mechttersheimer bringt in der Substanz wenig Neues, läßt aber in der defensiven Beschreibung des eigenen Standpunktes aufhorchen:

- „...müssen wir den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO als einen von mehreren Schritten ins Auge fassen“,
- „...die Auseinandersetzung in der Friedensbewegung und bei den Grünen über die NATO-Frage“,
- „...scheint der Mehrheit der Grünen ein NATO-Austritt der Bundesrepublik Deutschland zwingend“,
- „Diese Mehrheitsposition ist in den Grünen nicht unumstritten“.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit vertriebsfähiger
Rezeptionskarte



Vollends verblüfft wird der Interessierte Beobachter von Inhalt und Diktion eines Papiers zur grünen Außen- und Friedenspolitik, von Jürgen Schnappertz und Wolfgang Bruckmann auf der „Arbeitsebene“ der grünen Bundestagsfraktion im Januar 1989 fertiggestellt:

- „...Adenauers kompromißlose Politik der Westbindung führte zur geschichtlich kaum überzubewertenden Öffnung einer deutschen Gesellschaft für die politische Kultur des Westens“.
- „Ohne eine für Europa annehmbare Lösung, ...die hegemoniale Ambitionen der Sowjetunion... ausschließt, wird es eine vollständige militärische Abkoppelung Westeuropas von den USA nicht geben können“.
- „...eine prinzipielle Absage an die Strategie einseitiger Abrüstung...“.
- „In einer waffenstarrten Welt wird es... das Bedürfnis nach militärischer Verteidigung auf absehbare Zeit geben“.

Joschka Fischer hält gar in einem „ZEIT“-Artikel vom Frühjahr dieses Jahres die Forderung nach einem Austritt aus der NATO für „ebenso reaktionär wie die Forderung nach der Wiedervereinigung“.

Das sind neue Töne, die aufhorchen lassen. Entwickeln sich die Grünen zu ernstzunehmenden Partnern für zukunftsweisende Konzepte bundesdeutscher Verteidigungspolitik in einem System gemeinsamer Sicherheit? Läßt sich mit ihnen künftig reden über Schritte zur Überwindung der nuklearen Abschreckung, über angriffsunfähige und abwehrstarke Streitkräfte-Strukturen in Ost und West? Dies könnte ein Gewinn sein für die Auseinandersetzung um den richtigen Weg zu einer europäischen Friedensordnung.

Bisher ließ sich eine engere bundespolitische Zusammenarbeit von SPD und Grünen wegen ihres oft zweideutigen Verhältnisses zum Rechtsstaat und der fundamentalistischen Realitätserferne in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit schwerlich vorstellen. Wir werden aufmerksam verfolgen, welche Strömungen sich in Programm und Aktion dieser Partei durchsetzen werden.

(-/21.6.1989/vo-ha/rs)

* * *

Blüms neue Bescheidenheit

Zum Umgang des Sozialministers mit den Arbeitsmarktzahlen

Von Klaus Kirschner MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Wie bescheiden ist er doch geworden, unser Bundesarbeitsminister. Noch 1984 kündigte er für das folgende Jahr eine Arbeitslosenzahl von unter eine Million an. Jetzt, nachdem im Mai 1989 die Erwerbslosenzahl kurzfristig knapp die Zwei-Millionen-Grenze unterschritten hat, spricht er vom „Durchbrechen einer Schallmauer“.

Wie maßlos übertrieben diese Wertung ist, wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß bereits die im Mai registrierte Zahl von 1,95 Millionen nach unten manipuliert ist. Insgesamt 135.000 Arbeitslose sind nämlich durch veränderte Zählweise aus der offiziellen Statistik der Bundesanstalt für Arbeit herausgefallen:

- rund 65.000 über 58jährige, die auf ihre Rente warten, keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben und daher erklären, dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung zu stehen;
- rund 70.000 Arbeitslose, die weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe erhalten und sich drei Monate lang nicht mehr beim Arbeitsamt gemeldet haben.

Die fortdauernde Kritik von Bundeskanzler Kohl und anderer führender Unionspolitiker an der Arbeitslosenstatistik läßt darauf schließen, daß die Manipulation weitergehen soll.

Offensichtlich hat dies eine Regierung auch notwendig, die sonst zugeben müßte, daß die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit seit 1982 um rund 400.000 angestiegen ist (im Vergleichsmonat Mai 1982 betrug die Arbeitslosigkeit 1,650 Millionen) und daß sich die Position der Bundesrepublik in der internationalen Erwerbslosenstatistik seit der Bonner „Wende“ verschlechtert hat. So betrug zum Beispiel im Jahre 1982 die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik 7,5 Prozent und in den USA 9,5 Prozent. Heute hat die Bundesrepublik jahresdurchschnittlich neun Prozent, die USA liegen aber nur noch bei knapp fünf Prozent.

Die von der Bundesregierung so oft ins Feld geführte Erhöhung der Beschäftigtenzahl hellt das Bild nur wenig auf. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren angestiegen, gleichzeitig ist das Arbeitszeitvolumen von 1982 auf 1989 um rund eine Milliarde Arbeitsstunden zurückgegangen. Im gesamten warenproduzierenden Gewerbe sank die Zahl der Arbeitsstunden von 1982 auf 1987 von 18,6 Milliarden auf 17,2 Milliarden (neuere Zahlen liegen nicht vor, der Trend dürfte sich aber noch verstärkt haben). Im Dienstleistungsbereich hingegen stieg die Zahl der Arbeitsstunden im Vergleichszeitraum von 6,4 auf 6,9 Milliarden Arbeitsstunden, beim Staat von 6,7 auf ebenfalls 6,9 und in den privaten Haushalten von 1,3 auf 1,6 Milliarden Arbeitsstunden. Dies läßt den Schluß zu, daß die erhöhten Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren vor allem durch die Aufteilung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze erfolgt sind. Dazu passen auch Angaben vom Statistischen Bundesamt, wonach von den Beschäftigungsverhältnissen, die von 1970 bis 1980 (mehrheitlich aber in den 80er Jahren) in der Bundesrepublik neu entstanden sind, 2,5 Millionen und damit 95 Prozent Teilzeitarbeitsplätze gewesen sind. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich um 30 Prozent auf fast 4,4 Millionen. Die neuen Teilzeitstellen werden dabei zu vier Fünftel von Frauen eingenommen.

Letzten Endes bedeuten diese Zahlen, daß durch ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse (450-DM-Jobs) die Beschäftigtenstatistik der Bundesregierung geschönt wird.

(-/21.6.1989/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Erhard Epplers Rede zum 17. Juni

(Teil I)

Der SPD-Politiker Erhard Eppler hielt am 17. Juni zu diesem Gedenktag einen Vortrag, den wir in zwei Teilen veröffentlichen.

I.

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, zum Deutschen Bundestag zu sprechen, dem ich fünfzehn Jahre anzugehören die Ehre hatte, und für das ungewohnte, belastende Privileg, zu Parlamentariern zu sprechen, die mir nicht sofort antworten können. Ich will mich bemühen, dieses Privileg nicht zu mißbrauchen. Und ich stehe, wenn dies gewünscht wird, in den nächsten Wochen allen Fraktionen dieses Hauses zur Diskussion zur Verfügung.

Ich freue mich, daß ich vor Ihnen zu dem Thema sprechen darf, das mich vor vier Jahrzehnten in die Politik getrieben hat, das über Nacht wieder drängender, brisanter geworden ist und uns mehr denn je verbindliches Reden abverlangt.

Wir hören schrille Töne aus Ländern, denen wir uns freundschaftlich verbunden wissen. Verwundert und verwirrt sehen wir uns mit Angstträumen konfrontiert, die mit unseren Hoffnungen nichts zu tun haben. Ein Gesamtdeutschland, dem Westen abgewandt, der europäischen Bindung müde, im Bunde mit der Sowjetunion auf dem Wege zur ökonomischen Hegemonie in Zentral- und Osteuropa, ein Viertes Reich aus der Asche der Nato erstehend - solche Befürchtungen sind offenbar auf einem anderen Stern angesiedelt als unsere Hoffnungen. Sie haben auch nichts zu tun mit dem Willen derer, die heute vor sechsunddreißig Jahren auf die Straße gingen. Wie kommen ernsthafte Kommentatoren ausgerechnet jetzt zu solchen Angstvisionen?

Jetzt, am Ende der achtziger Jahre, lockern sich überall ideologische Bindungen, nationale Bindekräfte und Antriebskräfte werden wirksamer. Der Marxismus-Leninismus hat nationale Konflikte nicht überwunden, er hat sie nur aufstauen können. Polen und Ungarn besinnen sich auf ihre nationalen Traditionen. Nationale Spannungen drohen Jugoslawien zu sprengen. Die baltischen Völker pochen auf Eigenständigkeit. Nationale Konflikte am Kaukasus und am Kaspischen Meer streifen den Rand des Bürgerkriegs. Es brechen also auch nationale Gegensätze auf, die schon in den Nationalstaaten des letzten Jahrhunderts angelegt waren. Das gilt auch für Westeuropa, für Flamen und Wallonen, Schotten und Iren, Basken und Bretonen.

Ich teile die Meinung derer, für die es in einer Welt der Ozonlöcher, der sterbenden Meere und Wälder Wichtigeres gibt als nationale Wünsche oder gar Vorurteile. Aber wir werden auch das menschenwürdige Überleben aller nur erreichen, wenn wir die ganze Wirklichkeit, also auch nationale Realitäten, im Blick haben. Roman Herzog hat vor einem Jahr an dieser Stelle Martin Walser so interpretiert, daß „eine gewisse Identifizierung mit dem Volk, in das man hineingeboren ist, zu den natürlichen Bedürfnissen und Regungen der meisten Menschen gehöre“. Ich füge hinzu: Wo solche Identifikation verwehrt wird oder mißlingt, können andere, gefährlichere das emotionale Vakuum füllen, wie wir sie bei Jugendsekten oder auch in Fußballstadien beobachten. Die Alternative zu nationalen Loyalitäten ist keineswegs die uneingeschränkte Herrschaft der Vernunft.

Neu - und für mich ermutigend - ist, daß nationale Identifikation sich heute nicht mehr notwendig an Nationalstaaten festmachen, auch nicht auf den Nationalstaat zielen muß, daß sie oft an weit ältere Bindungen anknüpft. Es könnte sogar sein, daß die europäischen Nationalstaaten von zwei Seiten her erodieren: von der Europäischen Gemeinschaft her, und, gewissermaßen von unten, von den regionalen Traditionen, Sprachen, Dialekten und Kulturen her. Daher tun wir gut daran, uns wie Roman Herzog an Ernest Renans pragmatischen Begriff von Nation zu halten. Nation als „plebiscite de tous les jours“, das sagt längst nicht alles, was zum Thema Nation zu sagen wäre. Aber es verweist auf das politisch Entscheidende: Zu einer Nation gehört, wer sich dazu bekant, solange er sich dazu bekant.

Nation ist nichts Unzerstörbares, Nationen werden und vergehen, aber eben nicht durch Beschlüsse von Gipfelkonferenzen oder Parteitagen. Bezogen auf uns Deutsche: Zu unserer Nation gehört, wer sich dazugehörig fühlt. Und dieses Gefühl, zusammenzugehören, ist nach wie vor lebendig, in der DDR sogar stärker als in der Bundesrepublik.

II.

Es gibt einen Unterschied zwischen dem, was etwa im Baltikum oder in Jugoslawien brodelt und dem, was in Deutschland geschehen könnte. Ob Slowenen, Serben und Kroaten in einem Staate leben wollen, ist allein ihre Sache. Die Wände, die sie allenfalls zwischen sich aufrichten können, berühren nicht die Statik des europäischen Hauses. Die häßliche Wand aus Eisen und Beton, die 1945 durch Deutschland gezogen wurde, hat mehr mit der Statik dieses Hauses zu tun, als uns lieb ist. Wer sie abreißen will, muß die Statik des ganzen Hauses neu durchrechnen, möglicherweise das ganze Haus umbauen. Was aus Deutschland wird, interessiert alle Europäer.

So, wie unsere Nachbarn zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Deutschen noch immer tagtäglich füreinander votieren, so dürfen wir Deutschen keinen Augenblick vergessen: Es gibt wesentlich mehr Europäer, die an der Teilung Deutschlands festhalten wollen, als solche, die mit dem politischen System der DDR sympathisieren. Natürlich hat die Existenz der DDR etwas mit den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu tun, unabhängig davon, wer sie regiert. Die Abneigung der Polen gegen eine gemeinsame Grenze mit einem gesamtdeutschen Staat wird keineswegs in dem Maße abnehmen, wie der katholische Einfluß auf die polnische Politik zunimmt.

Und was wir aus Frankreich oder Italien hören, deutet nicht darauf hin, daß man die ohnehin labile Balance in Westeuropa gestört sehen will. Auch in den Vereinigten Staaten ziehen einflußreiche Gruppen jede Form der deutschen Teilung jeder Form von Einheit vor. Trotzdem scheint sich in der Führung der DDR so etwas wie Existenzangst breit zu machen. Auch das ist nur allzu verständlich. Polen oder Ungarn sind tausend Jahre älter als die dort herrschenden Staatsparteien. Die DDR ist nicht älter als die SED. Die Existenz der DDR wurde und wird begründet in der Sprache der Staatspartei, in sozialen, ideologischen, nicht nationalen Kategorien. Perestrojka in der DDR, die immer dem natürlichen Sog des größeren, reicheren, freieren deutschen Staates ausgesetzt sein wird, ist in der Tat schwieriger und gefährlicher als anderswo. Sie ist riskanter, aber eben nicht weniger nötig.

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn jetzt, wo nationale Wellen über Europa hinwegziehen, unsere Nachbarn wieder darüber rätseln, was wir Deutschen wollen. Wir haben bisher nicht präzise und detailliert genug sagen können, was in Deutschland geschehen soll, wenn der Eiserne Vorhang rascher als erwartet durchrostet. Vielleicht werden wir es nie so genau sagen können, daß dies alle beruhigt.

III.

Aber eines können wir heute schon sagen: Es gibt zwischen allen politischen Kräften dieses Hauses in der Deutschlandpolitik mehr Konsens als Kontroverse, auch wenn dieser Konsens notwendig stiller und unauffälliger ist als der Streit.

Jedenfalls erscheint mir, was ich jetzt aufliste, als Konsens einer überwältigenden Mehrheit der demokratischen Kräfte:

1. Die Deutschen haben, wie alle Völker, ein Recht auf Selbstbestimmung. Es ist nicht verwirkt, auch nicht durch das, was Deutsche Europa angetan haben.
2. Dieses Recht ordnen wir den Erfordernissen des Friedens unter. Diese haben für uns immer Priorität. Was die Deutschen wieder näher zusammenbringen soll, muß dem Frieden in Europa dienen, ihn fördern, es darf ihn nicht gefährden.
3. Wir treiben Deutschlandpolitik als Europäer, in europäischer Verantwortung. Wir wollen mit unseren Nachbarn ein Europa bauen, in dem die Deutschen wieder zusammenrücken können.
4. Das schließt einen deutschen Sonderweg aus. Bündnisfreiheit, Neutralität war ein Thema der frühen fünfziger Jahre. Es hat sich erledigt durch die normative Kraft des Faktischen.
5. Wo wir in Potentialen denken, in ökonomischen, politischen oder gar militärischen, denken wir europäisch. Die Zeiten nationaler Machtpolitik in Europa sind für uns unwiderruflich zu Ende.
6. Freiheit geht vor Einheit. Das hat für alle Fraktionen dieses Hauses immer bedeutet, daß Einheit in Unfreiheit nicht in Frage kommt. Aber es heißt heute auch: Mehr freie Entfaltung und Mitsprache für die Menschen in der DDR begrüßen wir auch dann, wenn sie deren Loyalität zum anderen deutschen Staat stärkt und damit diesen Staat stabilisiert. Auch die Bauarbeiter in der Stalinallee wollten zuerst einmal mehr Freiheit und menschlichere Arbeits- und Lebensbedingungen.

7. Wir sind ein durch und durch westliches Land geworden. Unsere politische Kultur ist und bleibt westlich geprägt. Auch wer unter uns davon überzeugt ist, daß unsere Demokratie noch längst nicht am Ende ihrer Möglichkeiten ist, pocht auf den westlichen Wertekatalog. Wo neue Bewegungen gegen Naturzerstörung oder Rüstungswahn demonstrieren, tun sie dies in den Formen westlicher Bürgerrechtsbewegungen.

8. Die Geschichte hat uns Deutschen keine besondere Mission verliehen, aber die Geographie stellt uns vor besondere Aufgaben. Wir wandern nicht zwischen beiden Welten, aber die beiden Blöcke, mögen sie für die Supermächte den Reiz überschaubarer Einflußzonen haben, sind für uns als Mitteleuropäer nur ein zeitweise notwendiges Übel.

9. Die Nato ist gegründet worden, damit vor allem die Westeuropäer so leben können, wie sie leben wollen. Eine Überwindung der Blöcke, die eben dies sicherstellt und möglicherweise den übrigen Europäern endlich die Chance eben dazu gibt, ist für uns kein Schreckbild, sondern die Rückkehr zur europäischen Normalität.

10. Wenn die beiden Teile Europas zusammenwachsen, müssen auch die beiden Teile Deutschlands zusammenwachsen, aber eben so, daß das Zusammenwachsen Europas dadurch nicht gestört oder gar blockiert wird.

Wenn all dies - bei Unterschieden in der Interpretation - politischer Konsens ist, aus dem natürlich die Rechtsradikalen herausfallen, dann fragt sich, was wir falsch gemacht haben, wenn jetzt das Gespenst eines hegemoniesüchtigen deutschen Nationalstaats neu belebt werden kann.

IV.

Vielleicht hat dies zu tun mit dem Abstand zwischen Grundsatzserklärungen und Fernzielen auf der einen, der praktischen Politik auf der anderen Seite. Diese Kluft hat es immer gegeben, aber sie ist heute gefährlicher als früher. Es gab Zeiten, da ließ man die Deutschen deklamieren, weil man sicher war, daß daraus keine politische Realität würde. Es lohnte sich nicht zu widersprechen: Zustimmung, wenn Ablehnung gesichert. Heute fragt ein administrativ erfahrener Kopf wie Kenneth Adelman ein Mitglied dieses Hauses allen Ernstes: „Wie ist das mit der Wiedervereinigung? Steht dieses Ziel hinter den politischen Schwenks der Bundesregierung?“

Niemand kann die deutsche Zukunft so auf dem Reißbrett entwerfen, daß kein Raum für Zweifel und Argwohn bleibe. Wie soll unser Verhältnis zur DDR in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem beschaffen sein? Wie könnte eine deutsche Föderation innerhalb einer europäischen aussehen?

Von daher verstehe und respektiere ich die Mitglieder dieses Hauses, die reinen Tisch machen, das Thema der deutschen Einheit endgültig von der politischen Tagesordnung streichen wollen. Ihre Haltung gründet gewiß in europäischer Friedensverantwortung. Aber ich kann sie nicht teilen. Dabei will ich nicht verfassungsrechtlich, sondern pragmatisch argumentieren. Die wir in West und Ost damit beruhigen wollten, würden uns gerade dies nicht glauben. Sie würden sich eher an die schroffen Repliken halten, die ein solcher Versuch auslösen müßte. Wer uns mißtraut, würde uns auch einen solchen Verzicht nicht abnehmen. Und wer uns glauben würde, den brauchen wir so nicht zu beruhigen. Es liegt nicht in unserer Hand, ob wir Europa das Thema Deutschland zumuten wollen oder nicht. Wir tun es, weil es uns gibt und es kommt darauf an, wie wir es tun.

Sicher sollten wir die Sprache überprüfen, in der wir unseren Konsens verständlich machen wollen, die Formeln, die bei unseren Nachbarn ganz anders wirken, als wir sie meinen. Wenn wir von Wiedervereinigung sprechen, dann hören unsere Nachbarn vor allem das „Wieder“. Alles, so hören viele, soll wieder so werden wie in den 74 Jahren, in denen es einen deutschen Nationalstaat gab.

„Es war mir nie zweifelhaft“, schreibt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, „daß der Herstellung des deutschen Reichs der Sieg über Frankreich vorhergehen mußte“. Bismarck wußte: Ein Deutsches Reich in Zentraleuropa setzte nicht nur die Niederwerfung der Habsburgermonarchie, sondern den militärischen Sieg über Frankreich voraus. Bismarck hat Europa den deutschen Nationalstaat durch eine geniale Diplomatie und drei siegreiche Kriege abgetrotzt. Geniale Diplomatie ist in Deutschland nicht die Regel. Und die Kriege können wir nicht mehr feiern, seit der so ertrotzte Nationalstaat im Inferno des von ihm ausgelösten Zweiten Weltkriegs in sich zusammenbrach.

Nun sitzt in diesem Hause wahrscheinlich niemand, der den Nationalstaat der schimmernden Wehr und der auftrumpfenden Großmannssucht wieder haben wollte. Aber eben diese Erinnerungen schwingen mit, wenn unsere Nachbarn das Wort **W i e d e r** vereinigung hören. Wir müssen deutlich machen, daß wir nicht Vergangenes restaurieren, sondern Neues schaffen wollen, und zwar gemeinsam mit unseren Nachbarn.

(-/21.6.1989/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *